

Calmer Tagblatt

Nr. 156.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 60 Bsp. Restanten 2.—Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Donnerstag, den 8. Juli 1920.

Bezugspreis In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Spaa.

* Der Eindruck, den wir gestern über die Haltung der Alliierten wiedergegeben haben, daß sie zwar große Töne reden, aber nicht geneigt seien, es auf einen Krach ankommen zu lassen, weil sie sonst noch sehr viele Angelegenheiten zu regeln haben, wird durch die heutigen Sitzungsberichte verstärkt. Wenn vorgestern Lloyd George sich bemüht hat, die deutsche Abordnung vor aller Welt abzukanzeln, so geschah das deshalb, weil man doch nach außen hin das „Ansehen“ des Siegers wahren muß und weil der deutsche Reichszugler den Herren eben mit der Erklärung: Deutschland könne nur bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zur sog. „Wiedergutmachung“ herangezogen werden und mit dem weiteren Hinweis, daß wenn die Entente Deutschland völlig wehrlos machen würde, auch nicht für Ordnung und Wiederaufbau Garantie geleistet werden könne, sehr bittere Wahrheiten sagte, die sie als Sieger natürlich als eine Annäherung empfanden. Daher die englische Unerschämtheit, daß man nicht viel Zeit zum Reden habe, und daß die Entente endlich Zahlen haben wolle. Nun, die sind ihr denn auch anscheinend hinreichend geliefert worden, und die Wogen haben sich daher in der 3. Sitzung augenscheinlich geglättet. Die Entente scheint sich allmählich überzeugt zu haben, daß der drohende Bolschewismus keine Erscheinung ist, die man unbeachtet lassen oder gar lediglich als deutsches Schreckmittel betrachten könnte. Sie sind von den Polen um dringende Hilfe angegangen worden, denn diesen Franzosen des Ostens haben die Bolschewisten anscheinend gehörig auf ihr großes M- und W- und K-Ob es Tatsache ist, daß die Entente schon um Durchmarscherlaubnis bei Deutschland angefragt hat, wissen wir nicht, jedenfalls sollte diese Erlaubnis um keinen Preis gegeben werden. Die Polen haben ihren Raubkrieg nach Osten vom Zaune gebrochen, allerdings unter Ermutigung Englands und Frankreichs, die durch Stärkung Polens Deutschland vollends ganz in die Zange nehmen wollten. Wir haben keinen Anlaß, unsere Neutralität in diesem Falle aufzugeben, um dem polnischen und Ententeimperialismus zu Hilfe zu kommen. Ob man dann den Mut zu Drohungen hat, möchten wir bezweifeln, denn auch bei der Entente gilt heute wie bei uns die Parole: Ruhe! Ruhe! und nochmals Ruhe! Wenn die Alliierten bezüglich der Entwaflungsfrage in ihrem Interesse Einsicht haben, so müssen sie erst recht hinsichtlich der „Wiedergutmachungs“-Frage ihrem Ausbeutungsdrang die Bügel auflegen, wenn sie nicht durch unerfüllbare Forderungen die deutsche Arbeitskraft völlig untergraben und dadurch ebenfalls dem Bolschewismus in die Hände arbeiten wollen. Dem deutschen Volk darf die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht genommen werden, das würde aber fraglos geschehen, wenn man erdrückende Steuerwünsche durchsetzen wollte und im Richterfühlungsfall, der von vornherein sicher anzunehmen wäre, mit weiteren Besetzungen oder Lasten drohen würde.

Die 3. Sitzung.

(W.B.) Spa, 8. Juli. Die dritte Sitzung der Konferenz fand gestern nachmittag um 14 Uhr statt. Reichsminister Dr. Simons schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der Forderung auf sofortige Ablieferung des Heeresmaterials und gleichzeitiger Herabsetzung der Truppenstärke verbunden seien, da wir, um das Material zu erlangen, im Notfall Truppen einsetzen müßten und auf eine ausreichende Sicherung unserer Produktion nur verzichten könnten, wenn die wirtschaftlichen Vereinbarungen in Spa uns industriell und finanziell über die schwere Krise dieses Sommers hinweghülften. Trotzdem wollten wir, dem Wunsche Lloyd Georges entsprechend, bestimmte Daten und Zahlen über die Materialablieferung und Heeresverminderung geben. Wir hegten aber die Erwartung, daß die Alliierten bei den weiteren Verhandlungen Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage bewiesen, daß sie uns bei der Unterdrückung des Waffenschmuggels aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet beiständen und daß sie insbesondere auf dem Abmarsch der Garzonen aus der sogenannten neutralen Zone nicht bestünden, da andernfalls dort Revolten, zum mindesten aber schwere Unruhen und Flucht der leitenden Industriekreise unvermeidlich seien.

Darauf legte General v. Seekt ausführlich den Plan wegen Ablieferung des restlichen Heeresmaterials und der allmählichen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Für die erstere gab er ein Jahr, für die letztere fünf Bierzehnjahre als Termin an. Er ging besonders auf die große Zahl der noch in Deutschland befindlichen Gewehre ein, von denen rechnermäßig noch

beinahe 3 Millionen abzuliefern seien und fast 2 Millionen keinen nachweisbaren Verbleib hätten. Die Verminderung der Reichswehr könne daher nur ganz allmählich erfolgen. Sie soll bis zum 1. Oktober 1920 auf 190 000, bis 1. Januar 1921 auf 180 000 Mann, bis 1. April 1921 auf 160 000 Mann, bis 1. Juli 1921 auf 150 000 Mann, schließlich bis 1. Oktober 1921 auf 100 000 Mann durchgeführt werden. Entsprechend würden die Infanteriebrigadestärke reguliert und gewisse Hilfsstruppen schleunigt aufgelöst werden. Für eine besondere Besprechung der militärischen Sachverständigen meldete er noch eine Reihe von Wünschen zur leichteren Verwaltung des Truppenrestes an, die weder zahlenmäßig noch grundsätzlich dem Friedensvertrag widersprechen.

Lloyd George kritisierte die deutschen Vorschläge in längerer Rede. Die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt die tiefe Besorgnis der Alliierten vor dem gegenwärtigen Zustand Deutschlands sei, da jetzt über die im Friedensvertrag zugelassene Zahl hinaus noch 8 Millionen Bewaffnete im Lande befänden. Das bedeute eine beständige Bedrohung nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischen Angriffen. Er begreife nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur fünf Wochen, geschweige denn fünf Bierzehnjahre bei sich zu dulden. Sie solle jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Die geforderte Verlängerung der Fristen gehe weit über das notwendige Maß hinaus. Im übrigen schlug Lloyd George vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien sich über die im einzelnen abweichenden Ziffern betreffend das Heeresmaterial, sowie über die Durchführung der Klauseln der Marine und Luftflotte sofort verhandeln sollten und daß die Leiter der alliierten Delegationen mit ihren militärischen Hauptfachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung beraten sollten. Morgen um 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach einigen Schlussworten des Ministers Simons, der für die Beratung der Alliierten Dislokationsarten für die Heeresstärke von 200 000 Mann und für 100 000 Mann übergab, wurde die Sitzung um 6.45 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag mittag anderamant.

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorgeschlagenen und deutscherseits angenommenen Sonderbesprechung zusammen. Dabei wurde über die Ziffern des Heeresmaterials ein Einverständnis erzielt.

Die Berliner Presse zum 3. Tag.

Berlin, 8. Juli. Der Eindruck der Blätter vom gestrigen Tage in Spa ist überwiegend der, daß es als ein Erfolg anzusehen ist, wenn es gelang, die Verhandlungen in Gang zu bringen. Im „Lokalanzeiger“ wird hervorgehoben, daß Millerand sehr optimistisch über die Ergebnisse der Konferenz denke. Von der Regie Lloyd Georges wird gesagt, sie sei raffiniert geschickt darauf eingestellt, vor den eigenen Wählern den bisherigen Siegesglanz ungeküßt zu erhalten, selbst wenn man sachlich den Tatsachen nachgeben müsse, gleichzeitig auf das deutsche Volk einzuwirken und in ihm die Gegenpole in stärkerer Spannung zu bringen. — Das „Tagblatt“ sagt, die Diskussion über die Entschuldigungsfrage werde vermuthlich am Freitag beginnen. Auch nach diesem Blatte gehört der Erfolg des gestrigen Tages dem deutschen Minister des Auswärtigen Dr. Simons. Er habe in vollendeter Form und, wie auch von alliierter Seite anerkannt werde, mit großer Schlagfertigkeit den deutschen Standpunkt vertreten. — Im Auftrag des polnischen Ministeriums des Aeußeren hat sich laut „Bosjischer Zeitung“ auch der Vorkämpfer des polnisch-obererschlesischen Abstammungskommisariats, Korsantj, nach Spa begeben. Er hoffe zu erreichen, daß Deutschland zu strikter Neutralität während des Volksentscheidens angehalten werde, sowie einer großzügigen wirtschaftlichen Auslegung seines Ergebnisses.

Ententefestimmen zur Konferenz.

Spa, 7. Juli. Bertinag gibt im „Echo de Paris“ der Meinung Ausdruck, daß die Deutschen nur im äußersten Falle das Prinzip der Mindestjahresrate anerkennen würden und sagt, die Vertagung der Sachverständigenuntersuchen bis zur Brüsseler Finanzkonferenz verbinde das von ihnen angestrebte Ziel. Die Brüsseler Konferenz werde zweifellos auf Oktober verlagert werden. Bertinag betont, daß vor Beendigung der Besprechungen von Spa die Alliierten von neuem ihre Ansprüche feststellen würden, unter die sie nicht heruntergingen.

London, 7. Juli. (Reuter.) Die Blätter geben im allgemeinen ihre Zustimmung zu der von Lloyd George gegenüber

den deutschen Vertretern in Spa eingenommenen Haltung Ausdruck. Der gestrige Tag, so heißt es in einem Blatte, sollte den Deutschen zeigen, daß die Alliierten den Deutschen jede vernünftige Freiheit bei der Diskussion über die Methode in der Ausführung des Vertrags gewähren wollen, daß sie aber nicht in der Stimmung sind, mit sich spielen zu lassen.

Weitere deutsche Teilnehmer.

* Berlin, 7. Juli. Der preussische Minister des Innern, Severing, dem die Sicherheitspolizei untersteht, wird heute abend nach Spa abreisen. In Begleitung des Reichsjustizministers Dr. Heineke hat sich der Geh. Regierungsrat Schmied, der im Reichsministerium des Innern Referent für die Angelegenheiten der Sicherheitspolizei ist, zur Teilnahme an der Konferenz nach Spa begeben.

Durchmarschwünsche der Entente

zwecks Hilfeleistung an Polen.

Die kommunistischen Abgeordneten Frau Jettin und Dr. Bovy haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, in der sie auf die Pressenachrichten hinweisen, daß die Entente mächte angesichts des militärischen Zusammenbruchs Polens an Deutschland das Ersuchen stellen werden, Truppen durch Deutschland zur Unterstützung Polens zu führen und die Regierung fragen, ob sie keinerlei Truppentransporte durch Deutschland bilden werde.

Zur äußeren Lage.

Die polnisch-bolschewistischen Kämpfe.

Warschau, 7. Juli. Im polnischen Generalstabsbericht vom 6. Juli heißt es: Auf dem nördlichen Frontabschnitt entwickeln sich die polnischen Angriffe weiter fort. Infolge der Standhaftigkeit unserer Truppen wurde der Feind gezwungen, den mittelbaren Druck auf unsere zurückgehenden Abteilungen aufzugeben. An der Berezina haben wir an einigen Stellen infolge von günstig verlaufenden Ausfällen Material erbeutet, das der Feind zum Brückenbau bereitgestellt hatte. In Poljesie erbitterte Kämpfe, die sich besonders im nördlichen Abschnitt in der Gegend der unteren Berezina zu großer Anspannung steigerten.

London, 6. Juli. Reuter schreibt: Das Kriegsmittel teil mit: Die Reiterei des Generals Wrangel hat ein bolschewistisches Kavallerielorps in Stärke von 18 Regimentern umzingelt. Nur 150 Mann sind entkommen. Die Zahl der Gefangenen beträgt 1000. 40 Geschütze, viel Maschinengewehre und eine große Menge Transportmaterial wurden erbeutet.

Ein Aufstand in Weißrußland gegen die Polen.

Berlin, 7. Juli. Wie der „Vollanzeiger“ aus Königsberg meldet, ist in Weißrußland ein Aufstand gegen die Polen ausgebrochen, der die rückwärtigen Verbindungen der polnischen Armee bedroht. Die Eisenbahnbrücke auf der Straße Jassen-Bobrin ist in die Luft gesprengt worden.

Rußland und England.

Amsterdam, 7. Juli. „Daily Herald“ läßt sich aus Charkonia melden, daß Krassin nach Moskau mit einer Rote Lloyd Georges gegangen sei, worin dieser vorschlägt, daß Rußland und England beiderseits die Feindseligkeiten einstellen und sich jeder Propaganda oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates enthalten sollen.

Griechisch-italienischer

Freundschaftsaustausch in Kleinasien.

Amsterdam, 7. Juli. Wie die „Times“ aus Smyrna vom 3. Juli meldet, kam es südlich von Smyrna zu einem Zusammenstoß zwischen italienischen und griechischen Truppen, als die Griechen zwei Stellungen innerhalb der italienischen Linie besetzten. Die Italiener forderten die Griechen auf, die Stellungen zu räumen und eröffneten, als dies nicht geschah, das Feuer. Die Griechen antworteten. Auf beiden Seiten gab es Verluste.

Die englische Flotte in den

kleinasiatischen Gewässern.

Malta, 7. Juli. (Reuter.) Der Kreuzer „Carbiff“ mit Admiral Hope an Bord geht heute nach Konstantinopel ab. Beinahe die ganze Mittelmeerflotte ist jetzt in den östlichen Gewässern versammelt.

Gegenrevolution in Albanien.

Belgrad, 7. Juli. Das Südbalkanische Pressebureau meldet: Nachrichten aus Nestib besagen, daß in Albanien die Gegenrevolution ausgebrochen sei. Die Regierung organisiere neue Truppen. Kroje sei bombardiert und zerstört worden. Auch in Elbasan soll der Bürgerkrieg ausgebrochen sein.

er-
n:
ffe
t, bedruckte
ung rot und
oppeller Briefe.
inwand
wollstuch
inwand
wollstuch
lanell
Preis.
t, Calw.
Stuttgart
hön und gut.
mann, Leder-
str. 91.
g.
g Mittag ab
Krone“
port schöne
weine
weinehändler.
r. 50.
bezirken sind
ee-Heu
station verladen und
Quantums
Wilhelmstr. 130.
rei!
me getrockneten
ur Herstellung eines
ammengührung mit
n vorzüglich geeignet.
48.50,
24.50, per Paket.
6.— weniger.
bei. Ferner solange
Rufs Kunst-
ag u. Süßstoff
12 Mk. per Flasche.
ngen.
aw, Emil Köner,
Stralle, Altheng-
Batz, Dechenpfromn
und ab Ettlingen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des Johannes Walz, Landwirt und Schutzherr Rothfuß in Holzbronn.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182-192 der MinVerfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (RegBl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: Die Gemeindegemarkung Holzbronn.

B. Beobachtungsgebiet: Wie A.

C. In den Umkreis von 10 Kilometer um den Seuchenort werden einbezogen:

1. im Oberamt Calw die Gemeinden: Calw, Hirsau, Ottenbronn, Neu- und Althengstett, Stammheim, Gehlingen, Dachtel, Dedensbronn, Altburg, Röttenbach, Zavelstein, Teinach, Sonnenhardt, Oberkollwangen, Brettenberg, Martinsmoos, Oberhaugstett, Al- und Reubulach;
2. im Oberamt Nagold: Die schon seither wegen Rohrdorf einbezogenen Orte;
3. im Oberamt Herrenberg: Die schon seither wegen Dondorf einbezogenen Orte;
4. im Oberamt Böblingen: Die schon seither wegen Deufringen einbezogenen Orte.

I. Besondere Maßregeln für den Sperrbezirk.

1. In dem verseuchten Gehöft ist über die Ställe oder sonstigen Standorte, wo Klauenvieh steht, die Sperre verhängt, die abgeperrten Tiere dürfen nur mit oberamtlicher Erlaubnis aus dem Stall (Standort) entfernt werden. Weitere Vorschriften sind erläßt über die Verwendung der Pferde außerhalb des Gehöfts, die Verwahrung des Geflügels, die Fernhaltung fremden Klauenviehs von dem Gehöft, das Weggeben von Milch, die Abfuhr von Dünger und Jauche, die Ausfuhr von Futtermitteln, Stroh und Wolle, das jedesmalige Herausbringen von Fahrzeugen und Gerätschaften, namentlich Milchtransportgefäßen, die Entfernung von Kadavern u. a. Der Besitzer, sein Vertreter, die mit der Beaufsichtigung, Wart und Pflege der Tiere betrauten Personen und Tierärzte müssen sich beim Verlassen eines gesperrten

Stalles reinigen und desinfizieren. Anderen Personen ist das Betreten der gesperrten Ställe verboten. Zur Wartung des Klauenviehs in dem Gehöft dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Berührung kommen.

2. Sämtliches Klauenvieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine) nicht verseuchter Gehöfte unterliegt der Absonderung im Stalle und darf nur mit oberamtlicher Erlaubnis zur sofortigen Schlachtung entfernt werden.

3. Sämtliche Hunde sind festzulegen.

4. Schlächtern, Viehflastriern sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbmäßig in Ställen verkehren, ferner Hausflastriern ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk und der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten.

5. Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit polizeilicher Erlaubnis ausgeführt werden.

6. Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk, sowie das Durchtreiben von solchem Vieh und das Durchfahren mit Wiederfängergeräten durch den Bezirk ist verboten. Ausnahmen für die Einfuhr kann das Oberamt zulassen.

7. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Bahnhaltungen im Sperrbezirk ist verboten.

II. Besondere Maßregeln für das Beobachtungsgebiet, soweit es in den Oberamtsbezirk fällt.

1. Klauenvieh darf aus dem Beobachtungsgebiet nicht entfernt werden. Das Oberamt kann die Ausfuhr in der Regel nur zu sofortiger Schlachtung zulassen.

2. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Wiederfängergeräten ist verboten.

III. Gemeinsame Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 15 Kilometer-Umkreis, soweit sie in den Oberamtsbezirk fallen.

Verboten sind:

1. Die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Auftrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte.

2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh.

Deutschfreundliche Stimmung in Kairo.

Nach den Mitteilungen des „Deutschen Hilfsbundes für christliches Liebeswerk im Orient“ schreibt eine evangelische Armenierin aus Kairo: „Seit 2 Monaten bin ich hier jetzt Lehrerin in einer öffentlichen Schule für Deutsch. Täglich habe ich 3-4 Stunden zu unterrichten. Unter den Eingeborenen (arabischen Studenten) herrscht eine wahre Epidemie, Deutsch zu lernen. Alle sehnen sich darnach, mit Deutschland in Handelsbeziehungen zu treten. So ist bei den jungen Arabern volle Begeisterung für das deutsche Studium. Bei unserem Unterricht geraten wir oft in sehr ernste Gespräche.“ Bemerkenswert ist auch folgendes Stimmensbild: „Es wird hier viel getan zur Vinderung der großen Not unseres armenischen Volkes. Es ist ein Hilfsbund da, der verschiedene Waisenhäuser gegründet hat. Als die Unabhängigkeit Armeniens von der Entente erklärt wurde, ist in der armenischen Kirche ein Dankfest gefeiert worden. Das war ein Jubeltag. Und nun diese furchtbare Enttäuschung durch das Massaker in Cilicien. Von hier waren auch Armenier zurückgekehrt in ihr Land mit einer neuen großen Hoffnung und nun sind sie auch ein Opfer des britischen Fanatismus geworden.“

Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan.

Amsterdam, 5. Juli. „Eastern Service“ meldet aus Tokio: Die Botschaft und das Konsulatsgebäude sind von Japan wieder an Deutschland zurückgegeben worden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind wieder hergestellt.

Deutschland.

Eine Denkschrift

über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Berlin, 4. Juli. In der Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die von der Deutschen Regierung der Entente vor der Konferenz von Spa übergeben wurde, wird dargelegt, daß das deutsche Volk vermögen vor dem Kriege von vielen Seiten überschätzt worden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag wird man es für die Zeit vor dem Kriege auf etwa 220 Milliarden Mark Gold beziffern dürfen. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, der Unternehmungen im Auslande, der Abtretungen usw., durch die Wirkungen von Krieg und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden. Aus diesem verminderten Vermögen ist die Wiedergutmachung zu leisten. Da Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslandsguthaben verlustig gegangen ist, kann die Zahlung im Wesentlichen nur durch die Ausfuhr von Waren beglichen werden. Ist die deutsche Volkswirtschaft im Stande, die mit der Wiedergutmachung verbundenen Lasten zu tragen?

Die deutsche Industrie hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Sie muß der industriellen Bevölkerung, die nicht auswandern kann, Arbeitsgelegenheit geben. Sie muß nach Wegfall der aus Schiffsahrt und Kapitalanlagen im Auslande stammenden Einkünfte die Bezahlung der deutschen Einfuhr ermöglichen; sie muß überdies die Ware für die Wiedergutmachung liefern. Auch die deutsche Industrie hat aber eine ihrer Grundlagen, Eisen, fast zu ¼ verloren. Die deutsche Kohlenproduktion ist 1919 auf 108 Millionen oder 57 Prozent der Förderung von 1913 gesunken. Durch den Verlust von Oberschlesien würde Deutschland mindestens die Verfügung über weitere 18 Millionen Tonnen im Jahr verlieren. Die Wirkung jeder möglichen Steigerung der Förderung würde dadurch aufgehoben.

Die deutsche Handelsbilanz ist passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfang zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs

ausreicht und die gesamte Einfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat.

Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ist ohne Gesundung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Steuern, insbesondere die direkten Steuern sind sehr stark angeschwollen. Die indirekten Steuern lassen sich zur Zeit nicht wesentlich erhöhen. Man kann nicht durch Verbrauchsabgaben den Konsum verteuern, während man gleichzeitig 10 Milliarden Mark zu seiner Verbilligung einsetzen muß. Die Ausführung des Friedensvertrags in der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Finanzwirtschaft noch weiter gefährden. Geht man von einer rein finanziellen Belastung von nur 60 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von 4 Köpfen etwa 40 000 Mark schulden, das macht zu einem Satz von 6 Prozent 2 400 Mark im Jahr. Da die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahr vorstelt, würde der Haushalt von 4 Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4 400 Mark belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1918 81,21 Prozent der preussischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3 000 Mark. Insgesamt würden mindestens 2,4 Milliarden Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das deutsche Volk belasten. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch geschehen, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausgibt.

Die Zerrüttung des deutschen Finanzwesens ist das naturgemäße Ergebnis des Krieges und seiner Folgen. In dieser Beziehung ist die Lage Deutschlands von derjenigen anderer Länder nicht grundsätzlich verschieden. Der grundlegende Unterschied seiner Stellung liegt darin, daß es infolge des Friedensvertrages nicht die Möglichkeit hat, Mittel und Wege frei zu wählen, die zur Gesundung seines Wirtschaftslebens und zur Rettung seiner Finanzen führen können. Ohne wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern kann Deutschland weder sein Wirtschaftskleben aufbauen, noch seine Finanzen ordnen.

Der Wehretat im Reichsrat.

Berlin, 6. Juli. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Dienstag nachmittag, die von Postminister Giesberts geleitet wurde, gelangten zur Annahme vom Notetat die Haushalts des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Rechnungshofes, des Reichsfinanzministeriums und des Reichswehrministeriums. An der Regierungsvorlage wurden nur kleine Änderungen vorgenommen. Der Wehretat enthält die Forderung für das künftige Heer von 100 000 Mann. An Besoldungen wird das neue Heer jährlich nach der neuen Besoldungsordnung 850 Millionen Mark erfordern. Der Gesamtjahresbedarf an sachlichen und persönlichen Kosten ist auf etwa 2 ¼ Milliarden zu veranschlagen.

Der Kampf um die ostpreussischen Abstimmungsgebiete.

Berlin, 5. Juli. Der Kampf um die ostpreussischen Abstimmungsgebiete hat mit Beginn der Woche vom 4. bis 11. Juli entscheidende Formen angenommen. Der Zustrom der Abstimmungsgebiete wächst immer mehr. Auf Allenstein kommen allein 5 000 auswärtige Gäste. Der Verkehr geht sowohl im Abstimmungsgebiet als auch im übrigen Ostpreußen völlig glatt vonstatten. Die Organisationen der Verpflegung und der Unterkunft ist ausgezeichnet und wird zweifellos auch dem noch zu erwartenden verstärkten Zustrom gerecht werden können.

Ein Dementi der Volkswirtschaften.

Berlin, 5. Juli. Aus Moskau ist folgender Funkspruch eingegangen: Hiermit wird angeführt böswilliger Behauptungen

4. Die Abhaltung von öffentlichen Festschauen mit Klauenvieh.

5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, soweit dies nicht schon ohnehin verboten ist, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind.

Als ausreichende Erhitzung der Milch ist anzusehen:

- a) Erhitzung über offenem Feuer bis zum wiederholten Aufkochen;
- b) Erhitzung durch unmittelbar oder mittelbar einwirkenden strömenden Wasserdampf auf 85°;
- c) Erhitzung im Wasserbad, und zwar entweder auf 85° für die Dauer einer Minute oder, unter der Voraussetzung, daß durch geeignete Vorrichtungen eine gleichmäßige Erwärmung der gesamten Milchmenge oder Milchrückstände gewährleistet ist, auf 70° für die Dauer einer halben Stunde.

Die Desinfektion der Milchgefäße kann mit strömendem Wasserdampf oder durch Auslöchen in Wasser oder 3prozentiger Soda- oder Seifenlösung oder auf eine der folgenden Arten geschehen:

durch Einlegen der Gefäße in kochendes heißes Wasser oder kochendes heißes Sodawasser oder dünne Kalkmilch für die Dauer von mindestens 2 Minuten herab, daß alle Teile der Gefäße von der Flüssigkeit bedeckt sind;

oder durch gründliches Abwischen der Außen- und Innenfläche der Gefäße mit Seife, Soda und anderen Verschleißvorrichtungen mit kochendem heißem Wasser oder kochendem heißem Sodawasser oder dünner Kalkmilch.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen anzuzeigen. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 328 StGB, und der §§ 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruchs für Rindvieh nach sich.

Die Ortspolizeibehörden

werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ordnungsgemäßer Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebietes sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bezw. § 189 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen.

Calw, den 5. Juli 1920.

Oberamt: G 53.

mit voller Entschiedenheit unabweisbar erklärt: Den Sowjetregierungsvertretern im Ausland wird jede Einmischung in innere Verhältnisse der betreffenden Staaten ausdrücklich untersagt. Viktor Kopp in Instruktion erteilt worden, dahin lautend, jeder Berührung mit deutscher innerer Politik sich völlig fernzuhalten. Volkskommissar des Auswärtigen Tschilcherin.

Fehrenbach Ehrenbürger von Freiburg.

Freiburg, 5. Juli. In der heutigen Sitzung des Freiburger Bürgerausschusses wurde Reichstanzler Konstantin Fehrenbach, der Stadtrat in Freiburg ist, einstimmig zum Ehrenbürger der Stadt ernannt.

Mag Klinger †

Berlin, 5. Juli. Am Sonntag Mittag ist auf seinem Sommeritz in Groß-Zena an der Uniruth der Maler und Bildhauer Geh. Rat Professor Mag Klinger einer Herzlähmung im Alter von 63 Jahren erlegen. Sein Ableben erfolgte völlig unerwartet ohne vorhergegangene Krankheit.

Ausschreitungen in Karlsruhe.

Karlsruhe, 7. Juli. Heute früh verkindelten Plakate der Behörde an den Straßenecken, daß die Preise für Nahrungsmittel ermäßigt wurden und zwar Kartoffeln von 40 auf 25 \mathcal{M} , Fett von 18 auf 13 \mathcal{M} . Die Nahrungsmittelgeschäfte und die Warenhäuser verlaufen zum Teil unter dem Selbstkostenpreis und auch die Marktpreise auf dem Markt waren niedriger als in den letzten Wochen. Der Markt war schwächer besetzt als in den letzten Tagen. Leider kam es heute zu schweren Ausschreitungen, da alle Mahnungen von Arbeiterführern und der Polizei fruchtlos waren. Ein Trupp junger Burschen versuchte erneut das Warenhaus Knopf zu plündern.

Karlsruhe, 7. Juli. Im Anschluß an die gestrige Teuerungsdemonstration kam es heute in der Kaiserstraße zu bedauerlichen Zwischenfällen. Ein Trupp junger Burschen drang in das Warenhaus Geschwister Knopf ein und begann dort zu plündern. Der Polizei und der Gendarmen gelang es, das Warenhaus zu räumen. Als sich im weiteren Verlauf der Unruhen die Sicherheitspolizei zurückzog, folgte ihr die Menge johlend nach und griff sie an. Als Schüsse aus der Menge stelen, erwiderte die Sicherheitspolizei das Feuer. Hierbei wurde eine Frau durch einen Gensehrschuß getötet. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Pferdemarkt.

Mannheim, 5. Juli. Der gestrige Markt, dessen Verlauf bis in die späten Abendstunden dauerte, war sehr gut besucht. Die Umsätze blieben gering. Es betrug die Preise für gute belgische Pferde 20-26 000 \mathcal{M} , für mittlere dänische Pferde 15-20 000 \mathcal{M} , für ältere Pferde aus Dänemark 10-15 000 \mathcal{M} .

Schlägereien auf dem Wochenmarkt.

Berlin, 7. Juli. Auf dem Potsdamer Wochenmarkt kam es zu regelrechten Schlägereien zwischen den Werberschen Bauern und den Käufern. Obst und Eier wurden auf die Straße oder den Bauern über die Köpfe geschüttet.

Befragung von Wucher.

Berlin, 6. Juli. Laut „Berliner Tageblatt“ verurteilte die Strafkammer in Frankfurt am Main die Fabrikanten Karl und Theodor Philipps aus Wiesbaden wegen Preisstreiberie mit an den Pionierheerespart in Mainz in den Jahren 1915 und 1916 gelieferten Holz für den Stollenbau zu je 10 000 Mark Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns in Höhe von 1 460 443 Mark.

Kommunistische Arbeitsbehinderung.

Magdeburg, 7. Juli. Die Pressestelle des Oberpräsidiums meldet: Im Gegensatz zu dem gestern in Halle gefaßten Beschluß

Fließsäuen mit
erhöhter Milch aus
den Betrieben in denen
solcher Milch in den
nicht schon ohnehin
erzeugung der Milch und
Verfälschung aus der Mol-
anzusehen
im wiederholten Auf-
bar einwirkenden Red-
Minute
sch geeignete Vorrich-
der gesamten Milch-
ist, auf 70° für die
stromendem Wasser-
erhöhter Soda- oder
gesehen:
Wasser oder Kochend
Dauer von mindestens
von der Flüssigkeit
en- und Innenfläche
verschleißvorrichtungen
er Sodafügung oder
Verdacht der
dem Auftreten der
Verfälschungen der
Schutzmaßregeln un-
§ 185 Abs. 2 bezw.
sichtbar anzubringen.
beramt: G. S.
lart: Den Sowjet-
Einmischung in In-
ausdrücklich unter-
den, dahin lautend,
sich völlig fernzu-
sichtlicherin.
Freiburg.
ung des Freiburger
stantin Fejrenbach,
n Ehrenbürger der
auf seinem Som-
er und Bildhauer
Annahme im Alter
erfolgte völlig un-
ruhe.
ndelen Plakate der
e für Nahrungs-
von 40 auf 25 J,
elgeschäfte und die
m Selbstkostenpreis
en niedriger als in
her beschickt als in
schweren Ausschrei-
ern und der Polizei
en versuchte erneut
die gestrige Teue-
erstraße zu bebauer-
schen drang in das
nn dort zu p l i n e
gelang es, das
en Verlauf der Un-
te ihr die Menge
s der Menge stelen,
Hierbei wurde eine
tere Personen wur-
dessen Verlauf bis
r gut besucht. Die
e für gute belgische
Pferde 15—20 000
5 000 M.
enmarkt.
Bochenmarkt kam
Berber'schen Bauern
auf die Straße oder
er.
lart" verurteilte die,
brikanten Karl und
reiztreiber mit an
ren 1915 und 1916
10 000 Mark Gelb-
vinnis in Höhe von
nderung.
des Oberpräsidiums
e gefassten Beschluß

der Betriebsräte und der Gewerkschaftsfunktionäre der U.S.P.D., wegen des Steuerabzugs nicht in den Generalstreik zu treten, brachten kommunistische Elemente mittags sämtliche Gruben des Gesellschaftes (Merseburg-Weißfels) mit Ausnahme der Cäciliengrube, zum Stillstand. Hier wurde als besonderer Grund der Steuerabzug angegeben.

Ein Massenmörder.

Berlin, 5. Juli. Heute begann vor dem Schwurgericht der Prozess gegen den Falkenhagener Massenmörder Friedrich Schuhmann. Der Angeklagte wird beschuldigt des Mordes in 7 Fällen, des versuchten Mordes in 11 Fällen, zweier Verbrechen vorsätzlicher Brandstiftung mit Mordabsicht, der Notzucht in vier Fällen, des Versuches dieser Verbrechen in zwei Fällen und des versuchten und vollendeten schweren Diebstahls in 8 Fällen.

Hopfenaukäufer aus dem Ausland.

Wie bereits früher angedeutet, zeigen japanische Bierbrauer großes Interesse an der heurigen Hopfenernte und haben die Absicht, einen großen Posten aufzukaufen. Bayerischen Hopfen geht vielfach nach Böhmen, wo ihn die Tschechen mit großem Nutzen weiter verkaufen. Ein klassisches Beispiel ist die Tatsache, daß bayerischer Hopfen im vorigen Jahr in großen Mengen von böhmischen Händlern über die Grenze geschafft, in Böhmen aufgezahlt und, als Knappheit einzutreten zu bedrohlich erschienen, an die Franzosen verschifft wurde. Offenbar haben die geriebenen Tschechen aus diesem Geschäft etwas gelernt.

Das Programm der neuen wirttl. Regierung.

(S.W.) Stuttgart, 7. Juli. Präsident Walter eröffnet die 3. Sitzung des neu gewählten Landtags um 4 1/2 Uhr. Das Haus ist gut besetzt, auch die Tribünen. Man erwartet einen großen Tag: die neue Regierung wird sich mit einer programmatischen Erklärung vorstellen. Zunächst erledigt der Präsident allerlei Geschäftliches. Die Ernennungen der neuen Minister werden dem Hause bekannt gegeben. Eine Reihe Anfragen und Anträge sind eingegangen. Die Inzassen der württemb. Lazarets verlangen in einem Telegramm sofortige Schritte zur Abwendung des Streiks der Angestellten der Lazarets- und Versorgungsbehörden. Dann tritt das neue Ministerium an den Regierungstisch.

Staatspräsident Dr. Hieber verliest die Programmrede des neuen Ministeriums, ausdrucksvoll die Hauptstellen hervorhebend; an zahlreichen Punkten spendet die Mitte des Hauses Beifall. Die Unabhängigen machen verschiedene Zwischenrufe. Als der Staatspräsident auf die letzten Urworte zu sprechen kommt und von verantwortungslosen Hehern spricht, fällt von einem Mitglied der U.S.P. der Zwischenruf: „Heher Graf!“, worauf der Landtagspräsident einen Ordnungsruf erteilt. Am stärksten ist der Beifall an den Stellen der Rede, wo sie von Ruhe, Ordnung und Sparsamkeit handelt.

Staatspräsident Hieber führte im wesentlichen aus: Bei der Neubildung der württemb. Regierung wurde der im Reich eingeschlagene Weg beschritten. Als oberste Richtlinien bei der Bildung des Ministeriums mußte stehen: Ruhe und Ordnung im Staat, enge Zusammengehörigkeit von Land und Reich, wirtschaftlicher und finanzieller Wiederaufbau, eheliche Versöhnung und Versuch inneren Ausgleichs und das alles auf der Grundlage rücksichtsloser Bekämpfung der Verfassung und ihres unbedingten Schutzes. Der Staatspräsident sprach dann seinem Amtsvorgänger und den zurückgetretenen Ministern den Dank für ihre Tätigkeit aus, und bedauerte, aus allgemein politischen Erwägungen, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Mitwirkung verweigerte. Eine Beteiligung der äußersten Rechten an der Regierung müßte aus denselben Gründen wie im Reich ausgeschlossen werden. Ein Vorschlag zur Vereinigung der beiden Ministerien der Ernährung und der Arbeit wird dem Hause unterbreitet werden. In Spa entscheidet sich ein Stück Schicksal und Zukunft unseres Volkes und Reiches, mit dem wir auf Gedeih und Verderb verbunden sind. An die Spitze des politischen Programms sei deshalb das unverbrüchliche Bekenntnis zur Einheit des deutschen Volkes und Reiches gestellt. Einer Ueberspannung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. Auf die Erhaltung der Selbständigkeit unserer Justizverwaltung legen wir besonderen Wert. Die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen der süddeutschen Gebiete Deutschlands wird durch die geographische und unsere Verkehrsverhältnisse aufgedrängt. Der Wiederaufbau dieser zerrütteten Wirtschaft ist die erste Aufgabe, die uns für Jahre obliegt. Eine akute Wirtschaftskrise bedroht uns. Die Ursachen sind der verlorene Krieg, die Wirtschafts- und sonstige unserer Kriegsgegner, die Revolution und ihre Folgen. Weharrten die Freunde auf ihren bisherigen Wegen, so ist unsere Wirtschaftslage hoffnungslos. Unternehmer und Arbeiter müssen unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Aufgaben und Rechte für das gemeinsame Ziel zusammenarbeiten. Die Pflege und Förderung des Lehrlingsausbildungswesens und Fachschulwesens wird eine wesentliche Aufgabe der staatlichen Gewerbebehörde sein müssen. Weitere Forderungen sind: Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Durchführung der Fürsorgegesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen, die Versorgung mit Rohstoffen und Kohlen. Die Aufstellung des volkswirtschaftsschädlichen Großgrundbesitzes soll in Bälde durch Gesetz gelöst werden.

Auch der Ertrag einer guten Ernte bedarf der Ergänzung durch erhebliche Einfuhr. Kraft und Gesundheit unseres Volkes ist durch die Unmöglichkeit ausreichender Ernährung beeinträchtigt geblieben. Es muß alles getan werden, um die Menge der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu steigern. Ausreichende Versorgung mit Düngemitteln und Futtermitteln wird den geforderten Preisabbau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorbereiten, der die Voraussetzung bildet für eine Gesundung unserer Preis- und Lohnverhältnisse überhaupt. Den Abbau der Zwangswirtschaft bis auf die wichtigsten Nahrungsmittel, Getreide und Milch, halten wir für

notwendig. Die Schlachthausführung wird demnächst umgeformt. Der Ausfall der Kartoffelernte wird darüber entscheiden, ob die Versorgung sich in freien Bahnen vollziehen kann. Die Eierbewirtschaftung wird nach Erfüllung des diesjährigen Lieferungsvertrages aufgehoben werden. Der Staatspräsident dankte dann für die hochherzige Hilfe ausländischer Menschenfreunde auf dem Gebiete des Ernährungswezens. Einer der wichtigsten Grundzüge der Gesamtregierung wird Sparsamkeit sein, mit der ernst gemacht werden muß. Eine Durchprüfung der Besoldungsordnung, eine Regelung der Bezüge der Altpensionäre und eine Ergänzung der Besoldungsordnung durch zu schaffende Stellen im Haushaltsplan wird folgen. Ein Gesetz über den Uebergang der Schuldenverwaltung vom Landtag an das Finanzministerium wird nächsten vorgelegt. Die Verteilung der Reichsteuern zwischen Land und Gemeinden muß geregelt werden, auch die Verteilung der Lasten der Schule. Der Staat ist mit seinem Steueranteil nicht in der Lage, die letzteren in vollem Umfang zu tragen. Voraussetzung für die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung ist Ruhe und Ordnung. Der Redner dankte namens der Regierung der Polizei- und Reichswehr, wie den Beamten, für die bei den letzten Unruhen geleisteten Dienste. Die persönliche Tätigkeit muß bei der Erneuerung der Beamten entscheidend sein. Jeden Anspruch auf Vorrechte irgend einer Klasse, jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft verwerfen wir und bitten alle Parteien, verfassungsrechtliche Kämpfe ruhen zu lassen. Jeden Versuch, mit Gewalt Änderungen herbeizuführen, werden wir unterdrücken. Zu den dringenden Aufgaben der inneren Verwaltung gehört die Verstaatlichung der Ortspolizei in den großen und mittleren Städten, die Beilegung der Wohnungsnot in den Industriegemeinden, die Inangriffnahme der Reduktion der öffentlichen Verwaltung im Laufe des Sommers, die eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine wesentliche Verbesserung der Kraftversorgung des Landes bringen soll und vor allem die Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung bei Staat, Amtskörperschaften und Gemeinden. Eine neue Gemeinde- und Bezirksordnung in Verbindung mit der Aufhebung der Kreisregierungen wird durch entsprechende Vorlagen an den Landtag eingeleitet. Wissenschaft und Kunst sollen weiter gefördert und gepflegt werden. Die für alle gemeinsame Grundschule und eine grundlegende Verbesserung des gesamten Fortbildungswesens, die Verbesserung der Ausbildung der weiblichen Jugend, die Förderung der körperlichen Erhaltung der Jugend und des freien Volksbildungswesens sind weitere Aufgaben. Der Mitarbeiter der Kirchen kommt beim inneren Wiederaufbau unseres Volkes hohe Bedeutung zu. Wir haben den redlichen Willen, am wirtschaftlichen und sozialen Frieden zu arbeiten und appellieren an die gemeinsame Pflicht aller Stände und aller Parteien. Es ist unserer aufrichtiger Wille, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren wie mit allen in unserem Volk, die ernstlich arbeiten wollen. Wir bitten Sie um Ihre Mitarbeit und glauben, mit der vorgetragenen Auffassung unserer politischen Aufgaben im Einklang mit der großen Mehrheit des Volkes uns zu befinden. Nur durch Arbeit können wir gesunden und leben. (Beifall in der Mitte).

Abg. Bazille (S.P.) beantragt Vertagung der Besprechung auf die nächste Sitzung. — Das Haus stimmt zu. Die weiteren Anfragen, die noch auf der Tagesordnung stehen und sich auf Lebensmittelpreise, Wirtschaftskrise und die Unruhen beziehen, sollen mit der Generaldebatte verknüpft werden. Schluß der Sitzung: 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 9 Uhr: Generaldebatte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Juli 1920.

Titelverleihung.

* Den Herren Amtsgerichtsräten Hirth und Pjizemai er ist die Bezeichnung Obersekretär verliehen worden.

Herabsetzung des Milchpreises.

* Wie wir erfahren, haben in einer vom Stadtvorstand in Bad Liebenzell einberufenen Versammlung die dortigen Kuhhalter in entgegenkommender Weise erklärt, daß sie sich im Interesse der Allgemeinheit mit einem Erzeugerpreis von 1 Mark für das Liter Milch begnügen, wobei allerdings die Erwartung ausgesprochen wurde, daß auch die übrigen milchwirtschaftstreibenden Landwirte des Bezirks diesem Beispiele folgen. Das Oberamt soll ersucht werden, in diesem Sinne auf die Kuhhalter der Landgemeinden einzuwirken.

Die Spannnot.

Der sozialistische Abgeordnete Keil ist mit dem Reichswehrminister und dem Reichsfinanzminister in Verbindung getreten und hat ihnen die Notlage der von der Maul- und Klauenseuche betroffenen Landwirte geschildert. Er erhielt die feste Zusage, daß sowohl die Landesfinanzämter als auch die Kommandostellen der Reichswehr angewiesen werden, den Landwirten Militärpferde leihweise zu überlassen zur Vergung der Ernte und jede nur mögliche Hilfe gewährt werden soll.

Tierseuchenstand.

Nach den amtlichen Berichten erstreckte sich am 1. Juli die Maul- und Klauenseuche in Württemberg auf 62 Oberämter mit 663 Gemeinden und 9254 Gehöften. In der zweiten Hälfte des Juni wurden neuerseucht 156 Gemeinden. Am stärksten betroffen ist noch immer der Sagitzkreis, dann folgen Donau- und Neckarkreis. Die Schafräude herrscht in 18 Oberämtern und 33 Gemeinden, darunter neu in drei Gemeinden. Die Pferdebräude erstreckte sich auf 29 Gemeinden, davon neu vier Gemeinden. Die Schweinepeste ist in zwei Gemeinden neu aufgetreten.

Für die Ermäßigung der Fernspreckgebühren.

Würgerpartei und Bauernbund ersuchen in einem Antrag das Staatsministerium, bei der Reichsregierung auf eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren hinzuwirken, insbesondere auf

eine Staffelung, die auch den kleinen und mittleren Handel- und Gewerbetreibenden die Haltung eines Fernspreckers ermöglicht.

Zur Kohlenversorgung Süddeutschlands.

Der Reichskohlenkommissar hat zur besseren Ausnützung der Rheinwasserstraße und stärkeren Heranziehung der Strecke für die Kohlenversorgung Süddeutschlands einen besonderen Beauftragten bei der Rheinschiffahrt und den Generalbetriebsleitungen Süd und West bestellt, der für möglichste Ausnützung dieser Zufuhrlinien zwecks Kohlenversorgung Süddeutschlands wirken und eine möglichst zweckmäßige Verwendung und Zusammenfassung der Transportmittel erzielen soll. Dadurch ist zu hoffen, daß die Kohlenversorgung Süddeutschlands von der Ruhr aus besser wird und daß es insbesondere gelingt, die nach den Erfahrungen des letzten Winters so dringend notwendige Sommerbeortattung des verkehrsunfähig gelegenen süddeutschen Bestandes durchzuführen. Das „Neue Tagblatt“ bemerkt dazu noch der Beauftragte der tatkräftigen Unterstützung der württembergischen amtlichen Stellen sicher sein darf.

Ein kirchliches Wort zur gegenwärtigen Lage.

Ep. Die ev. Bezirkskirchenversammlung, die am 23. Juni in Kirchheim u. T. tagte, hat einen Aufruf erlassen, der im ganzen Land gebürt zu werden verdient. Es heißt darin, u. a. dem auf die großen Gefahren unserer gegenwärtigen Lage, Teuerung und Geschäftsnotung, aber auch auf die guten Ernteausichten hingewiesen ist: „Wie zwingen wir die Berge, die bis dahin noch im Wege stehen? Wer wollte nicht gerne das Seine dazu beitragen, daß wir's zwingen? So bitten wir Euch Männer des Pfuges: Stellet an Lebensmitteln zur Verfügung, was Ihr noch irgend entbehren könnt! Es gilt Menschengesundheit und Menschenleben zu retten. Und die zweite Bitte: Denket bei Ansetzung der Preise daran, daß die Käufer gegenwärtig oft Leute sind, deren Einkommen von Woche zu Woche sinkt. Kinderreiche Familien, die jede Kartoffel kaufen müssen, wie schwer tun sie schon bei guten Einkünften, wie schwer erst, wenn die Einkommensquellen wie jetzt immer spärlicher fließen! Helft mit mäßigen Preisen den sorgenbeladenen Müttern ihre Lasten erleichtern und leuchtet den Städler nicht nach einzelnen Beispielen des Leichtsinns und der Verschwendung, die Ihr da und dort sehet! Euch andere Stände aber bitten wir: Messet nicht den Bauernstand nach dem, was der eine oder andere in Habgier sündigt. Habt Augen dafür, wieviel ehrliche, treue Arbeit dort geleistet, wieviel Sparsamkeit dort geübt wird, mit wieviel Schwierigkeiten auch der Bauernstand zu ringen hat! Wir bitten um unsers Volkes willen: Reg mit dem Mißtrauen und der Bitterkeit gegeneinander, weg mit dem Unfrieden! Laßt uns einander vertrauen, entgegenkommen, dienen und helfen!“

Pilze.

Da es nicht selten vorkommt, daß Menschen durch den Genuß von Pilzen sterben, so möge die Mahnung beherzigt werden, daß man Pilze, die man nicht ganz genau kennt, lieber stehen läßt, als sie sammelt. Die giftigen Schwämme unterscheiden sich jedoch von den essbaren durch ihren widerlichen Geruch, der namentlich dann in Erscheinung tritt, wenn man sie zerdrückt. Die essbaren Pilze haben einen würzig aromatischen Duft. Auch an der Blätterbildung sind die giftigen Schwämme erkenntlich. Sie sind meist gerippt, während die essbaren Pilze eng geschlossene Blätter tragen. Im Zweifelsfall lege man die gesammelten Pilze den Wiederläufern vor. Giftige Pilze werden von ihnen nicht berührt, dagegen die essbaren gern genommen.

Giftige Beeren.

Jetzt reift wieder eine Menge giftiger Beeren, die durch ihr farbiges, verlockendes Aussehen die nachhaften Kinder zum Genuß anlocken. Es ist daher dringend notwendig, daß die Eltern den Gefahren, die ihren Kindern von diesen Giftpflanzen drohen, besondere Aufmerksamkeit zuwenden und vor den gefährlichen Früchten warnen. Besonders ist es die Tollkirsche, die in frisch abgeholzten Waldstrecken große Flächen überwuchert und die Augen schon von weitem auf sich zieht. Für lusterne Kinder sind die glänzenden schwarzen Beeren gar zu verlockend und es vergeht selten ein Jahr, in dem nicht die kirchenähnlichen fastigen Früchte großes Unheil anrichten. Für den Unkundigen ist der die Beere umhüllende fünfzipfelige Kelch und das Fehlen des Steinerns das untrügliche Zeichen dafür, daß es die Teufelsbeere und nicht eine Kirsche ist. Auch die Frucht des Stachelpflanzens wird gar zu gerne von den Kindern gepflückt. Sie spielen mit der klappernden Kapself, die wie der Mohn kleine schwarze Körner enthält, deren Genuß ähnliche Vergiftungserscheinungen hervorruft, wie die Tollkirsche.

Nicht zu kalt trinken.

Die Gluten der heißen Sommertage lassen uns jetzt häufig den Wunsch nach einem kühlen Trunk aufkommen; und wenn wir, wie es bei den meisten Menschen der Fall ist, die genügende Portion Leichtsinns und Unbesonnenheit besitzen, so zögern wir nicht, sobald sich uns ein Glas mit kaltem Getränk bietet, es womöglich in einem Zug zu leeren. Wie viel ist schon von ärztlicher Seite gegen diese Unsitte geeifert worden; und wie zahlreich bleiben trotzdem in jedem Sommer die Fälle, in denen sich erkrankte Menschen durch einen kalten Trunk ein schweres Leiden, eine tödliche Krankheit oder gar einen Schlaganfall zuziehen. Magenkrankungen sind an der Tagesordnung; und meistens besteht die Ursache in jenem törichtem Verhalten beim Trinken des Durstes. Ein kalter Trunk hat schon häufig den Grund zu einem schweren Lungenleiden gelegt. Man sorge dafür, daß der erkrankte Körper, bevor man einen Trunk zu sich nimmt, sich abkühlt. Namentlich trinke man nie unmittelbar nach dem Gehen. Etwas Brot zu kühlen Getränken genossen, verringert die Gefahr, sich den Magen zu erkälten.

Nutmaßliches Wetter am Freitag u. Samstag.

Die Wetterlage wird wieder beständiger. Am Freitag und Samstag ist vorherrschend trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Wertangabe für Auslandspostsendungen.
 Um den Absendern von Wertsendungen im Auslandsverkehr die Möglichkeit zu geben, den Inhalt der Sendungen wesentlich höher als jetzt und zwar bis zur Höchstgrenze der im Bestimmungslande zugelassenen Wertangabe zu versichern, soll vom 1. Juli an bei Briefen, Paketen und Kisten mit Wertangabe nach dem Ausland der Wertbetrag von der Absender nicht mehr in der Mark, sondern in der Frankwährung angegeben werden. Bei Postsendungen nach dem Freistaat Danzig, dem Memelgebiet, der 1. Zone des Abstimmungsgebiets Schleswig, Oesterreich und Ungarn sowie bei Wertpaketen nach Luxemburg und der Tschecho-Slowakei ist vorläufig der Wert noch in der Markwährung anzugeben. Bei Schadenersatzleistungen im Auslandsverkehr rechnen die Postanstalten vom 1. Juli an den Franken nach dem für die Gebührenerhöhung geltenden deutschen Gezwert in die Reichsmark um.

* Weidertadt, 8. Juli. Die Wolldeckenfabrik Weidertadt, S. m. b. H. in Weidertadt, welche Schlafdecken und Kleiderstoffe aller Art herstellt, wurde in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1.800.000 M. umgewandelt. Die bisherigen Geschäftsführer der alten Firma, Herren Josef Beyerle und Hermann Schnauffer bilden den Vorstand der neuen Gesellschaft mit der Befugnis zu deren Einzelvertretung.

(S. B.) Stuttgart, 7. Juli. Die hier vertretenen Verbände des Textilhandels haben ihre Verkaufspreise ermäßigt, um an der notwendigen Herbeiführung einer allgemeinen Verbilligung mitzuwirken.

(S. B.) Heidenheim, 7. Juli. Eine Woche lang war unsere Stadt mit 5 Abteilungen Polizeiwehre belegt. Am letzten Samstag zogen 4 Abteilungen wieder in ihre Standorte zurück. Die noch hier verbleibenden Mannschaften wurden von der Turnhalle und Gewerbeschule in die „Eintracht“ verlegt, sodass der Schulbetrieb wieder aufgenommen werden konnte.

(S. B.) Heilbronn, 7. Juli. Eine Versammlung der Heilbronner Betriebsräte nahm zum Steuerabzug folgende Entschliessung an: „Die versammelten Betriebsräte der Heilbronner Industrie müssen darauf bestehen, daß der Steuerabzug unterbleibt und in allen anderen Fällen, wo er bereits erfolgt ist, zurückbehalten wird.“

(S. B.) Heilbronn, 7. Juli. Einem hiesigen Fräulein, das aus Mitleid eine Frauensperson bei sich übernachtete, hat diese Bergeld u. Wertgegenstände von über 10.000 M. Wert gestohlen.

(S. B.) Schramberg, 7. Juli. Infolge des letzten Geschäftsganges sehen sich die Uhrenfabrikanten des Schwarzwalds genötigt, eine Kürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Sie beträgt vorerst wöchentlich 14 Stunden und tritt Mitte Juli in Kraft.

(S. B.) Waupheim, 7. Juli. Beim Wochenmarkt ging das Jagen. Ziegen - Gänse, Hennen, Enten usw. - im Preise zurück. Viele Verkäufer nahmen ihre Ware wieder mit nach Hause; sie wollten und konnten zu den angebotenen Preisen nicht absetzen.

(S. B.) Vom Bodensee, 7. Juli. Bei der Schiffswerft Minn in Neuteneu b. Wasserburg wurde eine weibliche Leiche an das Ufer gespült. Der Aufgefundene, einer Dame im Alter von 30 bis 32 Jahren, war ein großer Stein um den Hals gehängt. Der Körper trug noch Bluse und Beinkleid, in der Hand war krampfhaft gehalten die Handtasche, in der neben Schlüsseln auch eine Fahrkarte Wöten-Heidenheim vom 25. Februar lag. Die Leiche lag etwa eine Woche lang im Wasser gelegen sein. Am den Hals trug die Gefundene ein Medaillon mit ihrer Photographie und der eines deutsch-türkischen Kriegers. Andere Anhaltspunkte wurden nicht gefunden. Ueber die näheren Umstände des Verbrechens herrscht noch tiefes Dunkel. Die Leiche wurde nach Besichtigung durch die Gerichtskommission des Bodensees geborgen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seiffmann, Galw, Druck und Verlag der A. Olschläger'schen Buchdruckerei, Galw.

Drucksachen aller Art liefert die Druckerei ds. Bl.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Der auf Lebensmittelmarke Nr. 215 bestellte Käse kann gekauft werden. 1 Anteil 180 Gramm.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
 Der für kommenden Mittwoch, den 14. Juli d. J. vorgesehene **Bieh- und Krämermarkt** findet infolge oberamtlicher Anordnung aus feuchtpolizeilichen Gründen **nicht stat.**

Calw, den 8. Juli 1920.
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Leinöl u. Bodenöl, Carbolineum

Blauweiß und bunte Farben
 in prima Leinöl abgerieben, Dosen zu 1, 2 1/2 und 5 Kilogramm

Emmailack, weiß, für innen und außen

Fußbodenlack
 in gelber und rötlich-bräunlicher Farbe, offen und in Blechkannen zu 2 1/2 Kilogramm

Möbel-, Bank- und Stuhl-, und Dekorationslack

Eisenlack, Herdlack, grün u. rotbraun

Spirituslack schwarz, Lederlack

Siccant, trocken und flüchtig
 empfiehlt bei billigster Berechnung

C. Serva, Fernsprecher 120.

Werkzeug und Pinsel
 Bronze und Bronceinlackur

Gegen **Maul- und Klauenfeuche** bewähren sich **Hanfts Seuchen-Apparate** (D. R. P. a. System Angelik D. R. G. M. 591515) am Besten. Jeder Tierhalter, der sich vor großem Schaden bewahren will, muß den Apparat anwenden. Glänzende Erfolge! Behördliche Empfehlungen. Verlangen Sie sofort Prospekte. Bezirksvertreter, welche bei Landwirten gut eingeführt sind, gesucht.

Friedrich Hanft, Nürnberg.
 Abteil. 15, Apparate.

Habe in meinen Stallungen von morgen den 9. ds. Mts. ab einen Transport schöne **Oberländer Milch- u. Läufer-Schweine** zum Verkauf stehen.

Friedr. Stockinger, Gärtringen,
 Schweinehändler, Telefon Nr. 10.

Fr. Daur, vormalig T. Schiler, Calw.
 Bettbarchent einfach- und doppeltbreit

Gechingen.
Meine Wirtschaft geschlossen.
 bleibt von heute ab

Habe nur noch Flaschen über die Straße abzugeben.
Johannes Wagner, „Germania“.

Welt unter Preis
 verkaufe ich:

Halfterketten mit Knebel und Feder
Brustketten mit Knebel und Ring
Strangkette mit 2 Ring und Schlaufe
Aufhalter, einfache
Krippstücke m. Wirbelring und Knebel
Rnebeldruck-Schlösser
Tür-Beschläge groß und klein für Käfer und Kähler
Bandeisen
Ramintürle

Karl Schlag, Liebenzell.

Einmachtabletten zum Einmachen ohne Zucker, Einmachhülle Dr. Decker Saltsäure Pergamentpapier Korke, prima Gummiringe Breisgauer Mostsubstanz Nitterdrogerie Calw.

Zu verkaufen:
 1 Auflegematratze und 1 Reiliffen (Friedensware).
 Lederstr. 175 part.

Einige Bienenbölter
 verkauft G. Burkhardt, Ottenbronn.

Sauerkraut
 ist zu haben Lederstr. 98.
 Eine gute, 25 Wochen trüchtige

Ruh
 verkauft Stahl „Sonne“, Ofteishelm.

Milch- und Läufer-Schweine
 können dauernd gekauft werden bei **Gustav Andreatta jr., Hirsau.**

Je mehr für einen Artikel **Reklame** gemacht wird, desto größer ist die Absatzmöglichkeit!

Gefunden
 wurde auf Markung Schmiech 1 Herren-Uhr samt Kette. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei **Adam Hammann, Schmiech.**

Weit unter Preis
 verkaufe ich John's „Voldimpi“-**Waschmaschinen-**
Wannen, verzinkt, oval und rund,
Stacheldraht u. vier-eckiges
Drahtgeflecht verzinkt.
KARL SCHLAG LIEBENZELL.

3000 Mark
 sucht sofort gegen gute Bürgschaft aufzunehmen.
 Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Auf 1. August wird ein fleißiges **Mädchen** für kleinere Landwirtschaft, nicht unter 18 Jahren, **gesucht.**
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes und das Arbeitsamt Calw.

Ein guterhaltener **Sportwagen** ist zu verkaufen.
 Lederstr. 184 part.

Gechingen.
 Schöne starke, 8-10 Wochen alte **Milchschweine** hat zu verkaufen **Ludwig Gehring (Gähle)** u. Fr. Ginader, Gartenstr.

Calw, den 8. Juli 1920.
Dankfagung.

+

Für die vielen persönlichen und schriftlichen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns betroffenen allzufrühen Verlust unserer lieben Gattin und Mutter

Johanna Hiller
 geb. Speidel

für die tröstenden Worte des Herrn Stadtpfarrers und insbesondere für die mühevollen aufopfernde Pflege der Krankenschwestern, sagen wir hiemit den herzlichsten Dank.

G. Hiller, Postsekretär, mit Kindern.

Linien
 verkauft H. Eug.

Bodenöl.
 Prima helles, geruchloses Bodenöl per Kg. zu 13.50, 14.50 und 16.50 Mark empfiehlt **H. Gann, Gechingen.**
 Obiger hat auch etwa 400 Liter guten **Mosteffig** abzugeben.

Neue Fahrpläne
 das Stück zu 30 Pfennig, sind auf der Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
 Wer wäre Liebhaber für schönes **Nadelholzreißig** zirka 100-150 Wellen zu billigstem Preis. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Unterhaugstett.
 Eine **Rug- u. Fahr-ruh** verkauft **Josef Schulz.**

Gute **Mandoline** sucht zu kaufen. Angeb. unter C. 154 mit Preis an die Geschäftsst. d. Bl.

Berkaufe 2 gute junge **Rug- und Schaff-Rühe,** mit oder ohne Kalb, unter 4 die Wahl, leichten und schweren Schlages, sowie ein Paar 1/4 jährige **schöne Stiere.**
 Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Kurzgefäugtes, trockenes Brennholz
 in Fuhrten zu Mk. 85.- kann sofort geliefert werden **L. Kärcher, Sägewerk, Hirsau.**

Neubulach.
 Setze ein 13 Monate altes **Zucht-rind** dem Verkauf aus **Breitling „S. Hirsch“.**

Fr. Daur, vormalig T. Schiler, Calw.
 Kleider, Schürzen- und Bettzeugle, echtfarbige gute Fabrikate.